

Entwicklung und Begriff des Staates

Entstehen von Staaten

Nomaden sesshaft

erste Sachherrschaft

Verteidigung gegen aussen, Organisation im Innern (z.B. **Bewässerungskultur** in den Stromtäler des Nils, Euphrat und Tigris, Indus...).

Für diese Arbeit: freie Arbeitskräfte nötig.

Durch Spezialisierung (**Ackerbau** gegenüber Nomadenwirtschaft Effizienzsteigerung): freigestellt für neue Arbeiten.

Erhöhung der **Abhängigkeit** des Einzelnen vom Stammesverband

Vorform von Staat (Ende der letzten Eiszeit, ca. 10'000 v. Chr.)

Entstehung der ersten Polis

geographische Zerrissenheit Griechenlands → Stadtstaaten

(die mächtigsten: Athen und Sparta)

Hochform der Griechischen Demokratie unter **Perikles** (ca. 500 v. Chr.)

Volksversammlung = „ekklesia“ (vgl. église heute im fr.):

- ca. 40x pro Jahr
- zugelassen: alle freien (in Athen: athenischen) Männer über 18 Jahren
- **Unmittelbarkeitsprinzip**
- Scherbengericht (Ostrakimos)
- geschäftsführender Ausschluss: Rat der 500 (bestehend aus 10 Phylen. Jeder Phyle stand während 1/10 Jahr die Führung der Regierungsgeschäfte zu).

Die römische Republik

keine „reine“ Demokratie nach griechischem Vorbild, sondern eine *constitutio mixta*

Monarchisches Element zwei gleichrangige Konsul für l- u. A-Politik und Militär

Aristokratisches Element Senat

- **senatus consulta**, Magistratenberatung
- **patrum auctoritas**, Beschlüsse der VV bedurften der Zustimmung der Senatoren

Demokratisches Element Volksversammlung, wobei Zensus-Wahlrecht.

- Aufgaben: Wahl der obersten Magistraten, Gesetze erlassen, Gericht.

Weiterer Unterschied zur Polis:

Familienstruktur (Anfang der Unterscheidung öff / priv Recht).

Staat im Mittelalter

Korporationsstaat, keine einheitliche Staatsgewalt mit Gewaltenmonopol (ähnlich faschistisches Italien).

Feudaladel **Lehensrecht** als bestimmendes Ordnungsprinzip

Klerus **Investiturstreit** (Machtstreit zwischen Kirche und Königen).

Zünfte

Fürst gegenüber Ständen schwache Stellung

Polis und moderner Staat im Vergleich

Griechische Polis

Stadtstaat

Umfasst gesamte
Menschenleben
Moral, Familie

Freiheit des Einzelnen
besteht in der
Staat (politisch)

Keine Menschenrechte
nur Bürgerrechte

Demokratie nur für
Bürger

Staat als Personalverband
(Personalitätsprinzip)

Moderner Staat westlicher Prägung

Flächenstaat

Territorialgrenz, Individuum
Rechtsgenossenschaft und Moral
Ökonomie, Ethik.

Freiheitsrechte

Menschenrechten,
Staatsbürgerschaft

Demokratie

Staat als Territorialverband
(Territorialitätsprinzip)

Mittelalterlicher und moderner Staat im Vergleich

Mittelalterliches Staatsverständnis

Moderner Staat westlicher Prägung

Keine einheitlich
Keine Unterscheid
Privatrecht und öf
Lebensordnung
strukturierendes P
Ableitung aller Sta
von **Gott**.



Staates
Privatrecht sind

Errungenschaften der Revolution ...

... in Nor

... in Fra



e Zusammengehörigkeit)

Entwicklung zum modernen Staat

Hobbes, Bodin

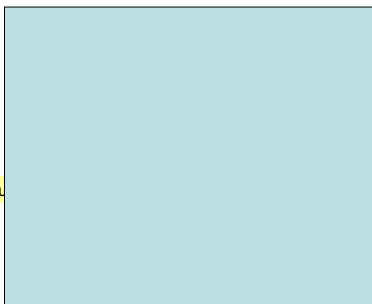
Fürstensouveränität (→ dominante Staatsmacht)

Locke

s Staatsbild)

Montesquieu

Rousseau



Entwicklung des Staatsverständnisses in Europa

Ausgangslage: Kooperativer Staat

Staat als Fried

mas Hobbes]

Gefahr:

Staat als Frei

h Locke]

Gefahr:

Staat als Gere

inand Lassalle]

Gefahr:

Sozialismus / Kommunismus



Staatsbegriff

Der Staat ist eine dauernde Verbindung von Menschen auf einem bestimmten Territorium;
er schützt die F
wahrt im Rahme
verfolgt dem Ge
und setzt diese



Begriff des Staates



„Staat“

Machiavelli verwendete **als erster** den Begriff "Staat" als einen verschiedene Staatsformen umfassenden Oberbegriff

Machiavelli

Ausformuliert:

Der Staat ist die mit uspr. Herrs
Verbandsinheit eines sesschalt

Dreieleme

assische Definition

Georg Jellinek



Staat als F

Hans Kelsen

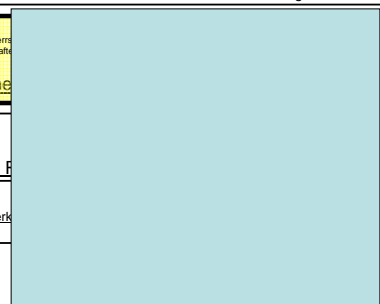


Staat als Werk

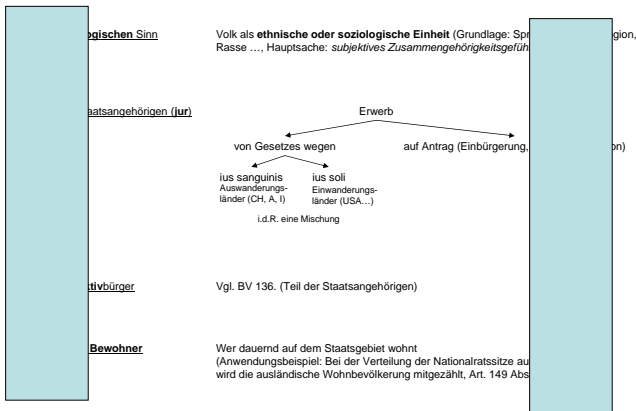
Peter Perenthaler



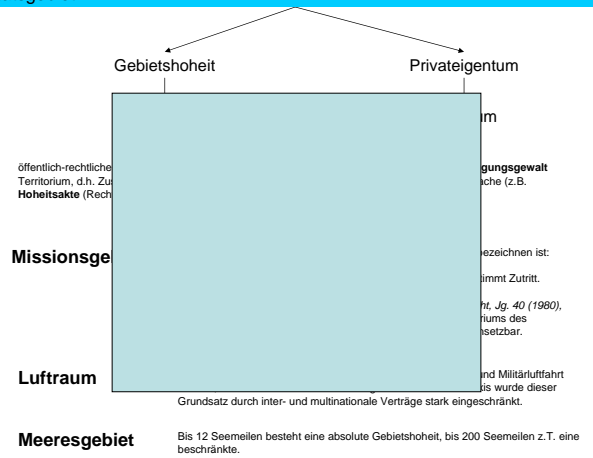
(Erweiterte) 3-Elemente-Theorie: + **Staatszweck** als Legitimation staatlicher Herrschaft **Haller / Kölz**



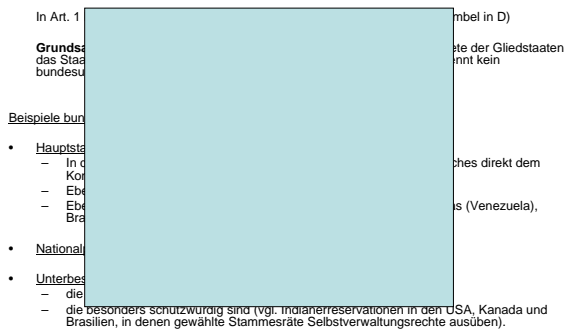
Staatsvolk



Staatsgebiet



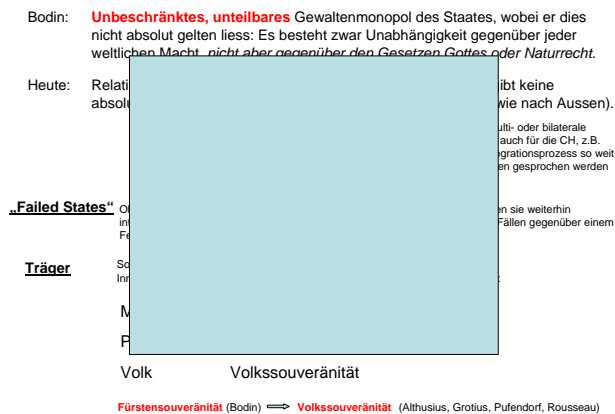
Bundesunmittelbares Gebiet



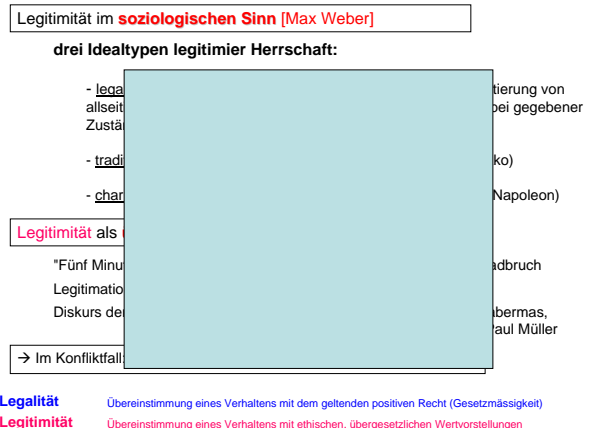
Staatsgewalt



Souveränität



Legitimität



Herrschaft und Macht

Definition von Macht

Macht

Herrschaft

zialen
rstreben

ft, bei der sich
Unterworfenen

Liberaler vs totalitärer Staat

Liberaler Staat



Vertreter: Adam Smith / Jean-Claude Gournay
Kritiker: Ferdinand Lassalle („Nachtwächterstaat“)

Würdigung

Heutiger

Totalitär

Vollständig

Bsp.:

Moderner

Der Staat

Staat sich

Gerechtigkeit

bildungs

Andere Lebensformen sind private Organisationen aber in massgebender Weise an der politischen Willensbildung beteiligt.

Gesellschaft = nichtstaatliche Organisationsformen menschlichen Zusammenlebens. Sie setzt sich aus Individuen und unzähligen Gruppierungen zusammen.

Staatstheoretiker und ihre Lehren

Bedeutende abendländische Staatsdenker

Klassische Antike

Sokrates ⇔ Platon ⇔ Aristoteles

Späte Stoa

Reformatik

Renaissance

(eigentlich)

Absolutismus

Aufklärung

ment“
ewaltenteilung)
souveränität)
and causes of the
tschaftsliberalismus,

Klassische Antike

Sokrates

Alle Probleme können mit der **ratio** gelöst werden.
S. verfasste selbst keine Schriften. Vielmehr führte er auf dem Forum in Athen zahlreiche **Dialoge**, welche von seinen Schülern (v.a. Platon) aufgeschrieben wurden. Bekanntheit wurde Sokrates aus Texten und Bildnissen.

Platon

Logform.
sp.: Höhlengleichnis),
s. deren berühmtester
gner waren die

Aristoteles

en u.a. auch Perikles)
e sind Gesetze,
n wurden).
r Herkunft.
Alexander den
tern feindseligen
te er nach Athen
eripatetiker, da
απολυτικός = Wahnsinnig). Zu vielen Themenbereichen war A. sehr in zahlreichen
Themenbereichen aktiv. Kurz vor seinem Tod wurde er der Gotteslästerung angeklagt.
Um den Athenern nicht ein zweites Mal Gelegenheit zu geben, sich gegen die
Philosophie zu versündigen, zog er nach Euböa zurück, wo er im darauf folgenden Jahr
starb. A. stellte jede Erkenntnis auf das „**Seiende**“ ab.

Kleisthenes

570 – 507 v. Chr.

- Der erste Reformator Athen und wurde im Jahre 507 v. Chr. als erster aus dem

Bodin, Jean 1529 – 1596



- **Wegber** absolute
 - ... mit de **Staatsrä**
 - Souve
 - In
 - The
 - Da
- er eine
- der
- er nur aus der
- echt.
- bare Gewalt.
- Bodin verstand den Begriff nicht absolut. Immerhin betrachtete er die Souveränität des Fürsten als durch Gottes- und Naturrecht (Religionsfreiheit, Sicherheit aller Bürger) begrenzt.

Coke, Edward 1552 – 1633

- Als Richter
 - Als Richter
 - Parliam
 - stande
 - Die
 - jede
 - vs
 - Als Politik
 - Als Po
 - den Kö
 - beuge
- wandte
- on Law
- it erfolgte
- scheid Marbury
- t welcher er
- em Recht zu

Althusius, Johannes 1563 – 1638

- Stützt sich auf Calvins Lehre
 - Volkss**
 - Widerst**
 - und ist ide
 - Zusamm
 - allein ka
 - Zudem: **H**
 - Das Vo
 - einen H
 - (recall)
- er Mensch
- ertreter)
- lösen kann

Hobbes, Thomas 1588 – 1679

Ausgeprägter Etablist.
Mit Leviat
zum Vater
Staat = F

- Hobbes hatt
 - Menschen.
 - Hobbes lehr
 - die Def
 - Stattde
 - die Gev
 - die Eig
 - die Fre
 - Zitate von T
 - Homo f
 - Auctori
 - The kin
 - Aufklärerisches Momentum seiner Theorie: Monarchie wird nicht mehr mit Gottesgnadentum, sondern mit einem **Gesellschaftsvertrag** begründet. In diesem Vertrag übertragen alle Menschen ihr Selbstbestimmungs- und Selbstverteidigungsrecht dem Souverän, der sie im Gegenzug voreinander schützt.
- von der Natur des
- sst würden.
- orm.

Cromwell, Oliver 1599 – 1658

- Cromwell
 - Grossbrita
 - Government
- uch,
- of

Locke, John 1632 – 1704

Staat = Verfassungsstaat = Freiheitsgarant

- Begrün
 - Locke li
 - den Grün
 - Locke p
 - Hobbes t
 - Eigentum
 - das Volk
 - frei ist.
 - Sobald
 - besteht ein **Widerstandsrecht**.
- .e.S
- on und legte somit
- ntellungslehre:**
- alt (= federative
- ekutive!)
- die von
- eiheit und
- hliessen, wobei
- , Monarchie)

Beeinflusste insbesondere das System GB

Considerant, Victor 1808 – 1893

- Vater des modernen **proportionalen Wahlrechts**.
 - Considerant (1821) ... an den
 - Darin u
 - vot
 - vot
- wo sich die
versammlung
192 erstmals



Lincoln, Abraham 1809 – 1865

- Definierte Demokratie als "government of the people, by the people"



Lassalle, Ferdinand 1825 – 1864

- beschimpfte ... at.
"Nachwä
- Staat =** **Gerechtigkeit**



Jellinek, Georg 1851 – 1911

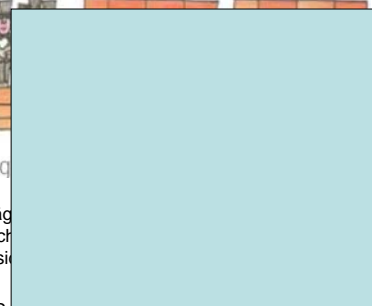
Formulierte die Dreielemente – Theorie:



Staatsq

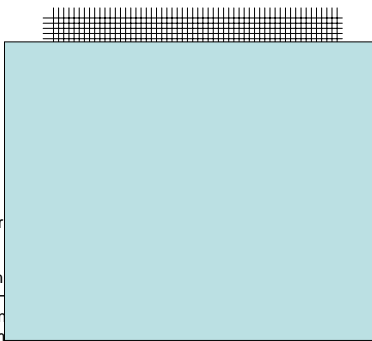
Jellinek präg
Freiheitsrech
erschöpfe si

Politische Rechte bezeichnet er als **status activus**, soziale Grundrechte als **status positivus**.



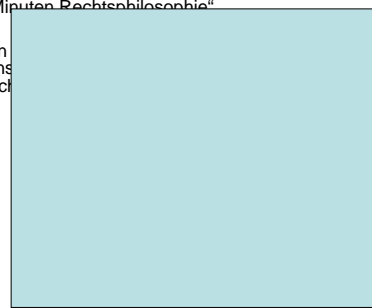
Weber, Max 1864 – 1920

- Max Weber akzeptiert? ktisch
- Er untersch
 - legale h Anordnung
 - tradition
 - charism Herrschergabe.



Radbruch, Gustav 1878 – 1949

- "Fünf Minuten Rechtsphilosophie"
- Es kann Gemeins
Rechtsch chtigkeit und r



Kelsen, Hans 1881 – 1973

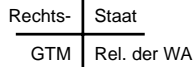
Rechtspositivist (versuchte mit seiner „Reinen Rechtslehre“ alle unjuristischen Methoden aus der Rechtswissenschaft zu entfernen).

Definition eines

"Der Staat wird schon gewiss"

Besonderes Ge

Rechtsschö
Verfassungs



em.-vor.
sordnung
sie einen

tsanwendung
Vollstreckung

Gesetzgebers und richterlichen Rechtsfindung.

Relativismus der Weltanschauung ist Voraussetzung jeder Demokratie
(v.a. Anerkennung der **Opposition** als demokratiewichtiges Prinzip), ähnlich Jörg Paul Müller: Bewusstsein, aufeinander angewiesen zu sein.

Schindler sen., Dietrich 1890 – 1948

• Kritisierte die Behauptung, Demokratie setze einen Relativismus der Weltanschauung voraus („Dies ist nur halb richtig.“)

• Richtig ist, da
Differenzen a
eines gemei

• Der Relativis
vor dem Wes
bloss die Ob

• Es ist auch n
geschaffen w

die
gungen oder
können.

il er gerade
ng und nicht
uss.

schauung

Loewenstein, Karl 1891 – 1973

Staatsform

Aut

Selbstherrschaft
einmal naturrec
gebunden, auto
Regimes.

• **eigenes Gew**
Realität:

- Grundent
- Ausführung
- Gerichte;
- politische

lismus

er politischen Macht
onelle Regierungstypen:
tie
ng (Parlament
ger)
ag.sys.

administrativen

Regierung,
waltung und

Giacometti, Zaccaria 1893 – 1970

–Vollmachtenbeschlüsse–
Demokratie

• Kritisierte
und 1938.

• Rede: "**De**
– Ein po
welche
Referé
u.a. m
Vollma
– Haller
Willen:

• Volksinitiative = "**Antrag aus dem Volk an das Volk**"

von 1914

t wählen,
des
ies zeigt er

ge und
ützen?

Pernthaler 1935 –

• Einteilung der Staaten nach der verfassungsgebenden Gewalt („**pouvoir constituant**“). Seine Theorie:

1. Wer h
2. Demo

Volk e
parl. f
konst

• Staatsdefi
– Souver
– Staat a

t)?

narch keine
setzgebungsfunktion

Kölz, Alfred 1944 – 2003

• Ergänzte die Dreielemente-Theorie mit dem Staatszweck:

- Schutz
- Wahr
- Gemei

rechts

Saladin, Peter

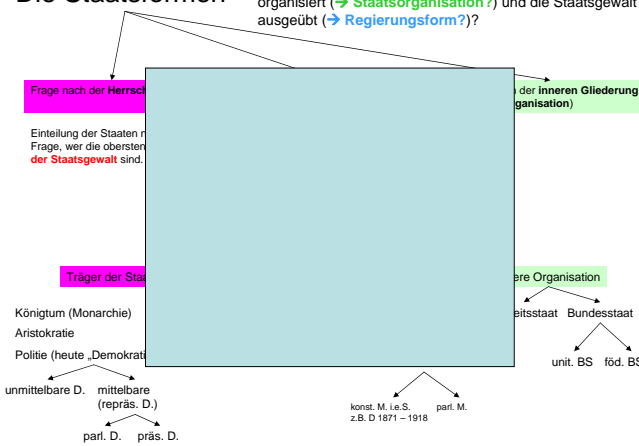
- Kritisierte „kooperativer Foederalismus“ (=hässlicher Pleonasmus).
- Regionalis



Staatsformen

Die Staatsformen

Die Staatsformen = Wie wird die staatliche Herrschaft (→ Herrschaftsform?) organisiert (→ Staatsorganisation?) und die Staatsgewalt ausgeübt (→ Regierungsform?)



Übersicht über die klassische Staatsformenlehre

Unterscheidung nach den Trägern der Staatsgewalt

Die drei guten und die drei entarteten Staatsformen [Aristoteles]
 Die „Prinzipien“ (ἀρχαί) der Staatsformen [Montesquieu]
 Der Kreislauf der Staatsformen [Polybios, Cicero]
 Die Lehre von der Gewaltenteilung [Montesquieu]
 Die Zweiteilung der Staatsgewalt [Montesquieu]
 Die Einteilung nach der Staatsgewalt [Montesquieu]

Unterscheidung nach der Staatsorganisation

Monarchie – Republik

Unterscheidung nach der Regierungsform

Einheitsstaat Bundesstaat

Staatsgewalt ist auf einer Ebene konzentriert. Staatsgewalt ist zwischen Gesamtstaat und Gliedstaaten aufgeteilt. Die Gliedstaaten haben eine eigene Verfassung, organisieren sich weitgehend selber, nehmen eigene Aufgaben wahr und wirken an der nationalen Willensbildung mit.

Die drei guten und die drei entarteten Staatsformen [Aristoteles]

Kriterium: Anzahl Personen, die Träger der Staatsgewalt sind.

Massgebendes Kriterium für die Unterscheidung der Staatsformen ist die Anzahl der Personen, die die Staatsgewalt ausüben. Aristoteles baut auf dieser Grundlage eine Wertung des Herrschers / der Herrschaft auf.

Anzahl der Herrscher Staatsform

Einzelperson (Despotie)

Mehrere / Wenige (Politeia / Demokratie)

Volk (Politeia (=Demokratie nach heutigem Wortverständnis) / Demokratie (=Ochlokratie))

Lehre der gemischten Staatsform

[Cicero, Polybios]

Da alle „reinen“ Staatsformen Mängel aufweisen, ist die bestmögliche Staatsform die constitutio mixta.

Auf diese Weise werden die Mängel der reinen Staatsformen ausgeglichen.

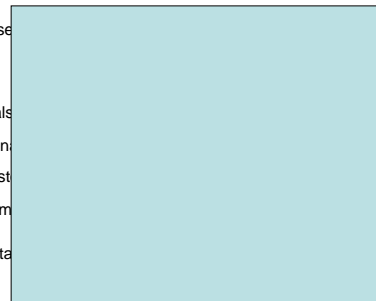
Cicero nennt als

Monarchie

Aristokratie

Demokratie

constitutio mixta



Die „Prinzipien“ (Voraussetzungen) der Staatsformen [Montesquieu]

Jeder Staatsform liegt ein Prinzip zugrunde, durch welches sich die Herrschenden auszeichnen.

«Des principes de la constitution des loix», 1748).

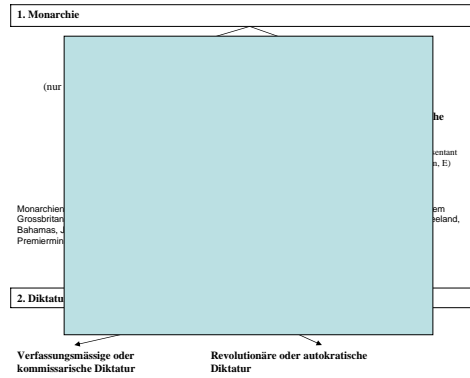
Staatsform

- Demokratie
- Aristokratie
- Monarchie
- Despotie



Übersicht Monokratie

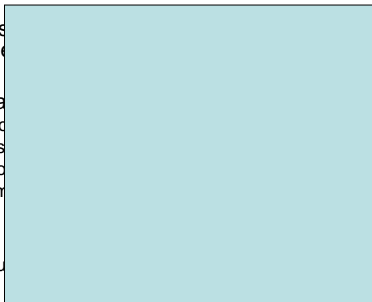
Monokratien unterscheiden sich grundsätzlich in Monarchien und Diktaturen:



Monarchie

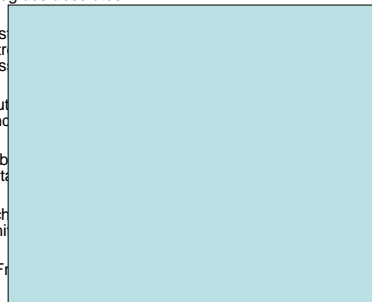
□ μοναρχία (altgriechisch) = Alleinherrschaft

- Eine beschränkte, auf keine... ränktes, auf keine... upt.
- Legitimation
 - Religiös
 - Charismatisch
 - Erblich
 - Wahlmännlich
- Formen
 - absolute



Absolute Monarchie

- Princeps legibus absolutus.
- „L'état c'est moi“: Gewaltentragung durch Willensäußerung des Herrschers. Keine Gewaltenteilung. Jede Gewalt steht dem Herrscher zu.
- Die absolute Monarchie ist durch die Bindung der Herrscher an die Gesetze (Adel, Klerus) und die Trennung der Gewalten (Gewaltenteilung) gekennzeichnet.
- Durch Selbstbindung des Herrschers an die Gesetze (als „loix fondamentales“) wird der Absolutismus als „lois fondamentales“ (Souveränität) bezeichnet (Montesquieu, 1748).
- Ideologisch (Souveränität) (Souveränität) (Souveränität) (Souveränität) (trag).
- Beispiel: Frankreich (1791).



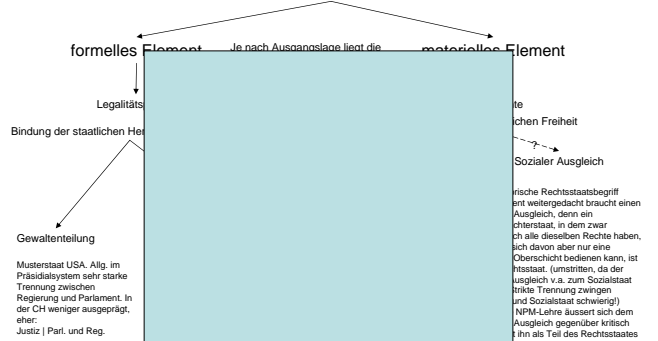
Merkmale einer Diktatur

- lat. dictare.
- **Aufhebung der Gewaltenteilung:** Monopolisierung der Staatsgewalt bei einer Person (Diktator).
- **Unterdrückung der Meinungspluralismus:** Unterdrückung der Meinungspluralismus.
- **Gleichschaltung:** Gleichschaltung der Herrschaftlichen.
- **Ausschaltung der Kontrollfunktion:** Ausschaltung der Kontrollfunktion.
- **Ersetzung der Instrumentalisierung:** Ersetzung der Instrumentalisierung.



Der Rechtsstaat

Kern des Rechtsstaatsgedankens ist die **Eindämmung der staatlichen Macht** zu Gunsten der **Freiheit des Einzelnen**.



Rechtsstaat engl. **Rule of Law** Im Ggs. zum starren Rechtsstaatsbegriff (dahinter steckt ein starres System) ist der Begriff „Rule of Law“ weniger statisch. Dort soll das Recht aus sich selber weiterentwickelt werden.
 Historische Väter des Rechtsstaates: Urväter: Platon (nomoi), Aristoteles, Polybios, Cicero / MA: Marsilius von Padua / Modern: John Locke, Montesquieu

Verfassungsmässige oder kommissarische Diktatur

- lat. committere = anvertrauen: Vorübergehendes, treuhändlerisches Anvertrauen diktatorischer Gewalt. **Uebergangsregelung mit dem Ziel der Wiederherstellung des legalen Zustandes.**
- Die kommissarische Diktatur ist in Verfassungen vorgesehen. Vorteile:
 - Vermeidung von Staatskrisen
- Die altrömische Kommissarische Diktatur:
 - in einem Missbrauch
 - Haupt ein Krisenfall
 - Reichspräsidenten der Weimarer Republik
- **Ernennung durch Volk** (Vollmacht)
- **Vetorecht:** Minderheit
- **Zeitliche Beschränkung:** Notstandes, sonst
- Modernes Beispiel:
 - (Chilene Revolution)
- Viele moderne Verfassungen kennen heute noch nur notizen eine kommissarische Diktatur mit sehr weit reichenden, aber zeitlich und inhaltlich beschränkten Befugnissen des Staatspräsidenten, des Regierungschefs oder des Parlamentes.

Oligarchie

Feststellung: Die Herrschaft einer organisierten Minderheit über die unorganisierte Mehrheit ist unvermeidlich, sog. ehernes Gesetz der Oligarchie.

- Pareto, Vilfredo
 - Mosca, Gaetano
 - Burnham, James
 - Michels, Robert
 - Djilas, Milovan
- ...lichen Antriebe
e Mehrheit ist
schende
archie.
Funktionäre) ist
Demnach besteht
ndzustand.

Folge: Wenn schon unvermeidlich, dann aber wenigstens möglich fair: **Vertikale soziale Mobilität muss gewährleistet sein.**

Republik

- Eine Republik ist ein Staat, dessen Staatsvolk Träger
- Republikanismus:
 - Republikanismus

Plebiszitären Demokratie

- Staatsspitze bestimmt, wann worüber abgestimmt wird. Sie sucht in dieser Volksbefragung eine Bestätigung ihrer Politik und erhofft sich bei positivem Ausgang einen Machtausbau. Bei Niederlage folgt meist der Rücktritt (vgl. De Gaulle, 1969) (Vertrauensabstimmung)
- Problematik:
 - Missbrauch
 - Volk kann
 - Problematik

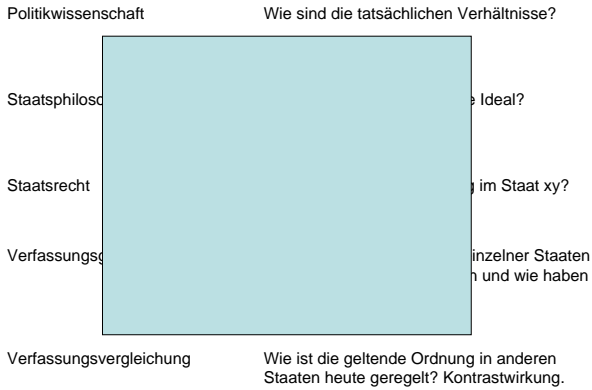
Der Staat als Gegenstand der Wissenschaft

Wissenschaftliche Betrachtungsweisen des Staates

Eine wissenschaftliche Betrachtungsweise des Staates kann von drei verschiedenen Fragestellungen ausgehen:

- Tatsächliche
 - Geltende Rechts
 - Erstrebende
- Sollen**.
y?
Sollen..
tz xy haben?

Die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen



Die Verfassung

Stufen der Flexibilität einer Verfassung

- **Flexible Verfassung:** Wenn bei einer Verfassungsänderung dasselbe Verfahren wie bei Gesetzen zum Zuge kommt, ist sie flexibel.
 - Vorkommen: Selten. Als Beispiel dient die Weimarer Reichsverfassung von 1919, Art. 76 Abs. 1.
- **Relativ stark** ... Vergleich ...
- **Absolut stark** ... Grundsätze ...

Organe der Verfassungsgebung

- Das **Parlament** ist in einer Demokratie **immer** an der Verfassungsgebung beteiligt.
 - Das **Volk** ...
 - **Oft ist ein V** ...
 - **Oft wird ein** ...
- Der spartanische Ephorat ist das bekannteste Kontrollorgan der Antike.

Verfassungsimmanente Schranken von Verfassungsrevisionen

- Immanent sind jene Schranken, die nicht explizit erwähnt sind, sondern als stillschweigend enthalten gelten.
- **Verfassungs** ...
 - **Generell** ...
 - **Faktische Du** ...
 - **Kein Verstoß** ...
 - **Materielle Sc** ...

Träger des Verfassungsschutzes im modernen Staat, Schutz der Verfassung

Der moderne Staat kennt vier Typen des Verfassungsschutzes:

- **Schutz durch die richterliche Gewalt:** i.A. repressive Normenkontrolle, in Frankreich auch präventiv ...
- **Schutz durch** ...
- **Schutz durch Beamten.** ...
- **Schutz durch** ...

Gewohnheitsrecht

Gewohnheitsrecht = Ungeschriebene Rechtsnormen, die als verbindliches Recht Geltung erlangen, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind:

- Die gewohnheitsrechtliche Norm muss **langjährig und gleichmäßig** in der Praxis beobachtet werden.
- Es besteht **der Bestehen** der Bestehen und diese als **gesetzliche Norm** gelten müssen.
- Es liegt **an der Bestehen** der Bestehen und diese als **gesetzliche Norm** gelten müssen.

Beispiel: Die Rechtsetzungsbefugnisse vom Gesetzgeber an die Exekutive in der Verfassung nicht vorgesehen (damals Gewohnheitsrecht), heute in Art. 164 Abs. 2 BV explizit aufgeführt.

Demokratie

Prinzipien und Voraussetzungen der Demokratie

The infographic contains several key elements:

- liberté agité**: A central theme of democratic freedom.
- Kommunikation**: Represented by a speech bubble and a person speaking.
- Wahlrecht**: A box labeled 'Wahlrecht' with a checkmark.
- Bürgerversammlung**: A box labeled 'Bürgerversammlung' with a checkmark.
- Verantwortlichkeit der Staatsorgane**: A box labeled 'Verantwortlichkeit der Staatsorgane' with a checkmark.
- Offenheitsprinzip**: A box labeled 'Offenheitsprinzip' with a checkmark.
- Geheim**: A box labeled 'Geheim' with a checkmark.
- Politische Verantwortlichkeit**: A box labeled 'Politische Verantwortlichkeit' with a checkmark.
- Disziplinäre Verantwortlichkeit**: A box labeled 'Disziplinäre Verantwortlichkeit' with a checkmark.
- Vermögensrechtliche Verantwortlichkeit**: A box labeled 'Vermögensrechtliche Verantwortlichkeit' with a checkmark.

Referendum

- Verfassungs-, Gesetzes-, Staatsvertrags oder Verwaltungsreferendum (z.B. in der Form des Finanzreferendum)
- Unterschieden in **initiativ** und **referendativ** (aufhebend)
- Unterschieden in **obligatorisch** und **facultativ**
- **Ausserordentlich** (Ausnahmezustand)
 - Hier vertritt das Volk die Entscheidung einer Regierung
 - Plebiszite (Votum) für das Parlament keinerlei negative Konsequenzen bestehen.

Staatsnotstand

Staatsnotstand

- Ein **Staatsnotstand (=Ausnahmezustand)** liegt vor, wenn die **öffentliche Sicherheit und Ordnung** durch **Gefahr im Verzug** gefährdet ist.
- Unter **Staatsnotstand** versteht man den Zustand, in dem die **öffentliche Sicherheit und Ordnung** durch **Gefahr im Verzug** gefährdet ist.

Merkmale einer Notstandsverfassung

- **Kompetenzverlagerung Legislative → Exekutive**
 - Parlamente können nicht mehr tagen.
- **Kompetenzverlagerung**
 - zentrale
- **Beschränkung Grundrechte**
 - Vgl. etwa während Staatsnotstand
 - Art. 15 EGV
 - gelten m...

Einheitsstaat und Bundesstaat

Einheits- und Bundesstaat

- **Einheitsstaat: Staatsgewalt ist auf einer Ebene konzentriert**
- **Bundesstaat: Die Gesamtweltung, Gliedstaaten organisieren einige / der nat...** (CH, D).

Einteilung der EU-Staaten nach deren politischer Einheitlichkeit

- **„Unitarische Einheitsstaaten“:**
 - Die öffentliche Gewalt ist bei der Zentralbehörde zusammengefasst. Die zum Teil nur auf lokaler Ebene existierenden Gebietskörperschaften beruhen nur auf gesetzlicher und nicht verfassungsrechtlicher Grundlage.
 - Dänemark, Grossbritannien.
- **„Dezentralisierte Einheitsstaaten“:**
 - Die regionale Selbstverwaltung hat einen rechtlichen Schutz oder Selbstverwaltung.
 - Frankreich, Volksräte.
 - Als qualifiziert.
- **„Regionalisierte Einheitsstaaten“:**
 - Die regionale Gesetzgebung hat einen rechtlichen Schutz oder Selbstverwaltung.
 - Die deutliche Bundesstaaten sind dem Prinzipien oder „Autonomie“.
 - Zusammengefasst.
 - Italien und...
- **„Föderalstaaten“:**
 - Deutschland, Österreich und seit 1995 auch Belgien.

Historischer Hintergrund von Einheitsstaaten

Einheitsstaaten haben im Wesentlichen zwei Wurzeln:

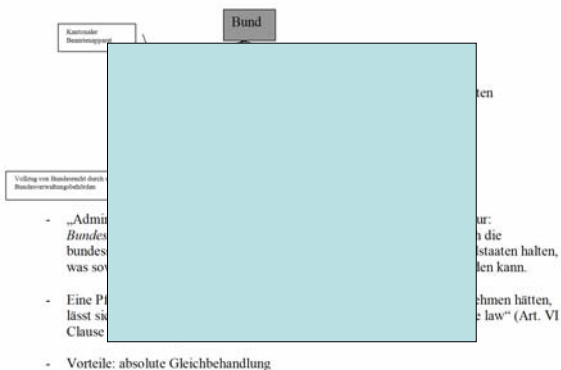
- **eine historische**
 - **Ehemalige Einheitsstaaten** (Wirtschaft) und prädestinierte (Sprache, Religion).
 - **Ehemalige europäische** (europäische) Erbschaft nach...
- **eine egalitäre**
 - Einheitsstaaten (Einheitsstaat) Bürger. Die Gesamtweltung seiner des Willens des...

Verhältnis Einheitsstaat – Parlament

- der ideale Einheitsstaat (Einheitsstaat) innerhalb der Föderalisten...
- Die logische (logische) - vgl. Frankreich...
- Heute hat (Heute hat) die T... (Dänemark)...

Vollzugsdualismus

Amerikanischer (administrativer) Vollzugsdualismus



Gründe für die Schaffung von Bundesstaaten

Historischer Zusammenschluss bestehender Staaten	USA, CH, Norddeutscher Bund, Deutsches Reich
Staatliche Organisation	USA, Kanada, Brasilien, Australien
Militärische Gründe	CH, USA
Aussenpolitische F... Aussenpolitik	CH, USA
Zusammenschluss v... 19. Jahrhundert	Deutsches Reich, CH
Bewahrung der E... Gebilde nach d...	Indien, Kanada, Nigeria
Erzielung von grö... einem föderativ regiert wurde	BRD aufgrund einer Forderung der Alliierten
Zuerkennung grösserer Selbständigkeit an verschiedene Sprachgruppen in vormaligem Einheitsstaat.	Belgien

Mögliche Ursachen für Ungleichgewichte im Bundesstaat

→ Spannungsverhältnis zwischen einigenden (zentripetalen) und auseinanderstrebenden (zentrifugalen) Kräften.

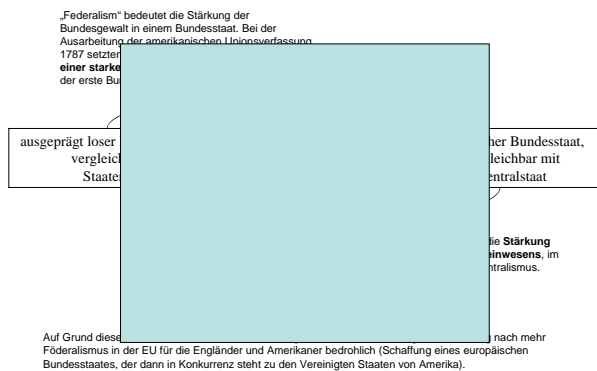
Entscheidend sind:

- **Zahl und Maß** der Gliedstaaten
- **Geschichte**
- **Gebiete** von...
- **Historische** Verankerung der Bundesstaatsform

Staatenbund – Bundesstaat – Einheitsstaat

	Staatenbund	Bundesstaat	Einheitsstaat
Glückseligkeit	Jeder Mitgliedstaat ist ein souveräner Staat. Soweit diese ihre Souveränität nach...	Souveränität liegt beim Bund. Gliedstaaten bleiben als juristische Personen mit eigenem Aufgabenbereich und eigener Organisation bestehen.	Souveränität liegt beim Zentralorgan . Rechtlich Einheit der Staatsgewalt. Untergliederung nur verwaltungstechnischer Art.
Rechtsverhältnis	Völkerrechtlicher Vertrag - selbständige Völker unterhalten eigene Beziehungen - können selbst v... Verträge abschl...	Kongress weisungsgel. Abgeordneter der Mitgliedstaaten, nicht d... verbandlich	Völkerrechtssubjekt
Legislative	Nur durch die Staaten	Abgeordnete der Mitgliedstaaten, nicht d... verbandlich	Parlament
Exekutive	Beschlüsse höchstens Mitgliedstaaten, nicht d... verbandlich	Abgeordnete der Mitgliedstaaten, nicht d... verbandlich	höchstens Verwaltung
Justiz	Kompetenzübertragung möglich	Kompetenzübertragung möglich	Hauptstadt
Verwaltung	Keine allgemeingültigen schwachen Ansätzen.	Keine allgemeingültigen schwachen Ansätzen.	der dezentralisierten
Verwaltung	Mitgliedstaaten bew...	Mitgliedstaaten bew...	sur für Einwohner
Verwaltung	Können i.d.R. Kriegserklärung und des Friedensschlusses selbst über Krieg und Frieden entscheiden	Können i.d.R. Kriegserklärung und des Friedensschlusses selbst über Krieg und Frieden entscheiden	grundsätzlich beim bränkte Autonomie in stätigkeiten möglich
Verwaltung			tragung vom Zentralstaat aus
Verwaltung			recht allfälliger territorialer
Verwaltung			Kriegserklärung und des Friedensschlusses liegen beim Gesamtstaat .
Verwaltung			Kriegserklärung und des Friedensschlusses liegen beim Zentralstaat .

Unterschiedl. Bedeutung von Föderalismus im dt. und engl. Sprachgebrauch



Methoden der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Gliedstaaten

Grundsätzlich bestehen drei Möglichkeiten:

- **Aufzählung der Kompetenzen**
 - Muss aufgeführt werden:
 - Bei fragli...
 - „Restkompetenz“ Staatsau...
- **Aufzählung der Bundeskompetenzen**
- **Sehr verbreit...**
- **Aufzählung der Gliedstaatenkompetenzen**
- **Methodisch-f...**

Gegenstände der Kompetenzverteilung

Gegenstände, die im Allgemeinen dem Bund zugeschrieben werden

- Aussenpolitik
- Militär
- Wirtschafts-, Sozial-, Währungs- und Konjunkturpolitik
- Zollwesen
- Öffentlicher Verkehr
- Ausländerrecht
- Umweltschutz, Energie
- Gesetzgebung in diesen Bereichen

Gegenstände, die im Allgemeinen den Kantonen zugeschrieben werden

- Schul- und Kirchenwesen
- Polizei (teilweise)
- Kultur
- Justizmässiger Vollzug von Bundesgesetz
- Wasser- und Energieversorgung
- Organisation der Kantone

Spezialfall

- Finanzkompetenzen sind zwischen Bund und Kantonen aufgeteilt. Beide verfügen über eigene Finanzkompetenzen. (Entscheidungskompetenz der Kantone) bedürfen auch die Gemeinden eigener Finanzkompetenzen.
- Die Höhe der Einnahmen und Ausgaben der Gliedstaaten kann als aussagekräftiger Anhaltspunkt dafür dienen, wie stark die Aufgaben beim Bund zentralisiert oder bei den Gliedstaaten dezentralisiert sind, vgl. Anteil der Finanzausgaben der Gliedstaaten (CH = D = 70 % / USA: 54 % / A: 44%).

Unterschiedl. Auffassung der bundesstaatlichen Treuepflicht in der CH und in D

CH:

- bundesstaatliche Treuepflicht
- Keine rechtliche Bindung
- Normative Verbote / Exzess. Einvernehmen bestehen.

n von BV 44. oder - tionen

D:

- In D wird die Treuepflicht der Länder ein Grundgesetz

mie der greifender

Staatsfunktionen, Gewaltenteilung und Regierungssysteme

Ansätze zur Gewaltenteilungslehre

Urvater

Aristoteles

Drei Gewalten: **Beschlussfassung** (Gesamtheit der Bürger = höchstes Staatsorgan) – **Verwaltungsämter** – **Gerichte** (letztere beide schwache Position, durch Los auf 1a bestellt)

Beifügung: auf

Polibios

Gleichgewicht der Gewalten

Grundlage für

in Locke

Locke lieferte das Konzept der Gewaltenteilung. Unterschied: Gesetzgebung / Vollzug / Rechtsprechung.

Moderne Gewaltenteilung

Montesquieu

Urheber der klassischen Gewaltenteilung und Gewaltenteilung. - Gewaltenteilung: Gesetzgebung / Vollzug / Rechtsprechung. Teilung hat sowohl organisatorisch wie auch personell zu erfolgen. - Gewaltenteilung: „Il faut que le pouvoir arrête le pouvoir“.

Gewaltenteilung als umfassende Ordnungsidee

- Gewaltenteilung **innerhalb der Legislativen**
 - Verfassungsgeber – gewöhnlicher Gesetzgeber
 - Parlament – Volk (Wahlen, Initiative, Referendum)
 - ggf. zwischen Parlamentskammern

- Gewaltenteilung **horizontal**
 - Regierung
 - Regierung
 - Kollegial

- Gewaltenteilung **vertikal**
 - Amtsdauer

- **Vertikale Gewaltenteilung**
 - Föderalismus
 - Gemeinde
 - Völkerrecht

- **Mehrparteien**

- **Grundrechte**

- **Beschränkungen**
 - Zivil-demokratie

organisatorische oder objektive Gewaltenteilung

- jede Staatsfunktion wird von einem **unabhängigen Organ** ausgeführt

- mit einem

- mit einem

- durch

(Ruhe).

personelle oder subjektive Gewaltenteilung

- verbietet persönliche Verbindungen zwischen den drei Staatsorganen (BV 144)
 - in den USA besonders streng durchgeführt (einzige Ausnahme: Vizepräsident ist Senatsvorsitzender)
 - im parlamentarischen System nicht verwirklicht

Kein Fall der vertikalen Gewaltenteilung (Ländervertreter in Bundestag, Staaten im Bundesrat).
 Staaten im Bundesrat sind überrepräsentiert, was die Belastung des Bundesrats erhöht.

Hauptmerkmale des parlamentarischen Systems

Auch „Oppositionssystem“, da Opposition eine anerkannte, die Regierung kontrollierende Einrichtung ist (vgl. Schattenkabinetts in GB). Opposition als anerkannte, die Regierung kontrollierende Einrichtung.

- Grundidee:
 - Parlament und Regierung sind einander gegenübergestellt
 - Auch „Opposition“
 - „Pouvoir neutre“
- Regierungschef ist Mehrheitsführer im Parlament
- Regierung kann durch Parlament (d.h. durch Staatspräsidenten) entlassen werden
- Weitgehender Föderalismus
- Funktion von Regierung symbolisiert die Krisenzeiten
- Eine politisch neutrale Opposition
- Keine Konsequenzen für Parlamentsmitglieder

Bsp. parlamentarischer Regierungssysteme

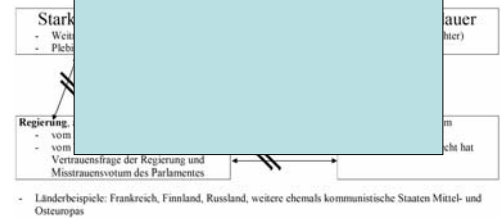
Alle Staaten der EU (außer F), die meisten Staaten des ehemaligen British Empire (CND, Indien, Pakistan, Australien), Japan, Israel

Hauptmerkmale des Präsidentsystems

- Heute bestimmendes Merkmal: **Starke Stellung des Präsidenten:**
 - monokratische Exekutive
 - Präsidentschaft
 - Volkswahl
 - Schwere Amtsdauer
- Ursprünglich: **Gewaltenteilung** (objektive Gewaltenteilung der drei Gewalten)
- Keine Abhängigkeit vom Parlament (Präsidenten)

Hauptmerkmale der Mischform von parlamentarischem und präsidentiellem System

- Volkswahl des Präsidenten auf feste Amtsdauer.
- Weitreichende Ernennungsrechte des Präsidenten (Premierminister, Minister, Beamte, Richter).
- Zweiteilige Exekutive mit einem Staatspräsidenten und einer Regierung unter einem Ministerpräsidenten
- Abhängigkeit der Regierung vom Parlament (Misstrauensvotum)
- Parliamentsauftrag
- Regierungsmittel
- Plebiszitäre Zustimmung



Hauptmerkmale des schweizerischen Regierungssystems

- Andere Bezeichnungen: Konkordanz-, Konsensual-, Referendums- oder halbdirekte Demokratie
- Volk kann mitentscheiden
- Wahl der Regierung durch den Bundesversammlung
- Kollegialregierung (7 Mitglieder)
- Kein Staatspräsident
- Vielparteienregierung
- Subjektive Gewaltenteilung

Würdigung des Präsidentsystems

- Die monokratische Exekutive ist dem Gemeinwohl nur zuträglich, wenn sie angemessen kontrolliert und ausgeglichen werden kann durch eine starke Justiz und ein gefestigtes Parlament.
- Ohne diese Bedingungen kann die Exekutive in die Hände von Militärs hinter dem Präsidenten fallen
- Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein zentraler Bestandteil des Systems bei der Gewährleistung der Rechtsfreiheit (Stw. Cross voting).

Würdigung der Mischform vom präs. und parl. Regierungssystem

Idee: Kombination von präsidentialen und parlamentarischen Elementen

- **präsidentiales Element**
 - demokratisch
 - charismatisch
 - Vorteil: Staatsmacht
- **parlamentarisches Element**
 - ständig
 - Vorteil: Kontrollen
- mögliche Kombinationen
 - überhaup
 - lassen oft
 - inwoh
 - eilung und
- Ermöglicht die Wahrnehmung von Gerichten)

Würdigung des parlamentarischen Systems

Vorteile

- Bewährtes System für gefestigte Demokratien. Transparentes System, besonders wenn 2-4 Parteien dominieren
- Typisch: Gewählte Regierung, die die Regierungsmehrheit und Wähler begünstigt.
- Als Korrektiv zu parlamentarischen Systemen
- Vorteil des Opfers (allgemeinen Gutes) über die

Schwächen

- U.U. Unstabilität
- Folge: Stabilität
 - Wahl-Spektakel
 - Fraktions

Merkmale des britischen parlamentarischen Regierungssystems

- Supremacy of Parliament durch starke Stellung des Kabinetts faktisch durchbrochen;
- Rigorose Form der parlamentarischen Kontrolle
- Queen in Parlament als Repräsentantin (Pattlage) des Parlamentes
- Starke Stellung des Kabinetts
- Schattenkabinetts
- Speaker = Vorsitzender des Unterhauses
- Der britische Verfassungsprozess gleichzeitig Durchbrechung Gewaltentrennung zwischen Judikative und politischen Staatsorganen dar.

Merkmale des deutschen parlamentarischen Regierungssystems

- **Konstruktives Misstrauensvotum:** Kanzler kann nur noch dann vom Bundestag abberufen werden, wenn gleichzeitig ein neuer Kanzler gewählt wird.
- Bundespräsident
 - praktisch
 - Verfassungsgemäß
 - Unterzeichnung
 - Auflösung
 - wenn
 - UNTS
- Verfassungsänderung

Merkmale des italienischen parlamentarischen Regierungssystems

- Dominierendes **Parlament**
- Grosse Parteienzersplitterung macht das Regierungssystem anfällig. Die Regierung ist vom Vertrauen beider Kammern abhängig
- Absolute Gleichberechtigung der Kammern
- Ähnliche Zusammensetzung
 - Deputierte
 - Senat (315 Mitglieder)
- Verhältnismässige Repräsentation
 - Auflösung
 - Suspensiv
 - Machtinst
 - Regierung
- Der Staatspräsident kann aber nicht auf die Willensbildung des Parlamentes Einfluss nehmen, weshalb seine Stellung die schwache Stellung der Regierung nicht zu kompensieren vermag.

Das Parlament

Wichtigste Funktionen des Parlamentes

- Gesetzgebung
- Budgetrecht
 - ehemals, um die ausgabenfreudigen Monarchen zu kontrollieren. Heute ist oftmals das Parlament besonders
 - gutes Steuerrecht
 - unterschiedliche
 - in der
 - in F
 - weic
- Kontrolle über
 - Genehmigung
 - Parlament
 - In USA: Ver
- Wahlen: das
 - Ernennungen
- Genehmigung
- Weitere Funktionen
 - Gewährleistung
 - Entscheidung
 - Festlegung
 - Übertragung des Entsetzungsrechts an Private
 - Entscheidung über Amnestie und Begnadigungen

Das Zweikammersystem

- Von einem Zweikammersystem i.w.S. spricht man, wenn das Parlament aus zwei Kammern besteht.
- Von einer
- GB, F und
- Länder mit
- skandinavische
- osteuropäische
- gewisse
- Gliedstaaten (CH, D, A)

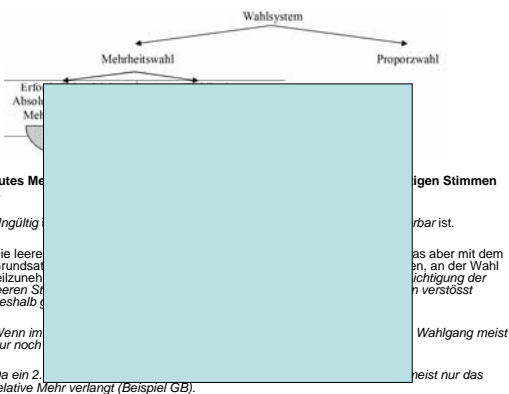
Gründe für das Zweikammersystem

- Historische Gründe
 - Historische Mischung von Aristokratie und Demokratie.
- Bundesstaatliche Gründe
 - Die zweite
- Rechtsstaatliche Gründe
 - Gewaltenteilung
 - Relativierung
 - Gegenpol zu
 - Abgeordnete
 - Meist konservative
 - F: mittel
 - I: aktive
 - USA: p
 - weitsicht
- Ob neben den te

Ausgestaltung des Zweikammersystems

- Grundsätzliche Gleichstellung beider Kammern
 - Prinzip CH.
 - Merkmal der strikten Trennung (vgl. BV 156), insbesondere für alle wichtigen Kompetenzen (also Gesetzgebung, Budgetkompetenz etc.). Ausnahme: gemeinsame Tägung bei Wahlen, Rechtsprechung
- Übergewicht der zweiten Kammer
 - Prinzip USA
 - Gleichberechtigung
 - Regierungskontrolle
 - Übergewicht des
 - Ernennung
 - Bestätigung
 - Ratifikation
 - Impeachment
 - Repräsentanten
- Übergewicht der ersten Kammer
 - Verbreitetes System
 - legitimiert ist.
 - Im parlamentarischen Regierungssystem: Kompetenz der Regierungswahl (GB, D, A) bzw. Möglichkeit der Absetzung der durch den Präsidenten ernannten Regierung (F).
 - Bezüglich Gesetzgebungsverfahren hat zweite Kammer oft nur suspensives Veto.

Übersicht Wahlsysteme



- Absolutes Mehr
 - Ungültig
 - Die leere
 - Wenn im
 - Da ein 2.
- Relatives Mehr: Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält, ohne Rücksicht auf den prozentualen Anteil an den abgegebenen Stimmen.

Würdigung Mehrheitswahl

- Vorteile
 - Die Mehrheitswahl fördert die Bildung von klaren Parlamentsmehrheiten, was das Zweiparteiensystem begünstigt. Letzteres ist oftmals Garant für eine stabile Regierungspolitik.
 - Die Mehrheitswahl stellt ein starkes politisches Band zwischen den Wählern und den Abgeordneten her, da
 - die Pers
 - dadurch
 Somit sind die
- Nachteile
 - Gefahr der W
 - Der Aus
 - Mindest
 - Parteik
 - Die kleinen P
 - Keine Erfolgs
- Vorkommen
 - Die meisten Majorzwahlen finden in Einerwahlkreisen statt:
 - GB fürs Unterhaus (659 Abgeordnete, 659 Wahlkreise), relatives Mehr
 - USA: Wahl ins Repräsentantenhaus, relatives Mehr
 - F: Wahl in die Nationalversammlung, im ersten Wahlgang absolutes Mehr, dann relatives Mehr

Würdigung Proporzwahl

- **Vorteil:**

- bessere Erfolgswertgleichheit

- grössere

- Problem

- Optimal

- gros

- viele

- kein

- von

- **Nachteil**

- Parteien

- während

- Um obigen

- nachteil zu

- benehmen

- nicht mit

- einem

- rigorosen

- Fraktionszwang

- vor.

- Ein solcher

- ist mit dem

- Prinzip der

- auftragsfreien

- Repräsentation

- (vgl. Art.

- 161 BV /

- Art. 38 GG)

- kaum mehr

- zu vereinbaren.

Rechtsnatur Stimm- und Wahlrecht

Doppelte Natur des Stimm- und Wahlrechts

- subjektiv

-

- objektiv

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

Wahlrechtsgrundsätze

Die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze erlaubt es, die

Träger

dem

Wahlrecht

- Allg

- Gle

- Frei

- Gef

Auc

ents

Auftragsfreies Mandat

Personen, die die Notwendigkeit eines auftragsfreien Mandates aufzeigen:

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

-

Gerrymandering

Wahlkreisgeometrie

- Wahlkreis

- Werden a

- sichern, s

- Gerry, Go

- Bei passiv

- vorgenom

- nötig wäre.

stems.

hrheiten zu

h Elbridge

ssachusetts).

ng

chiebungen